

Laibacher Zeitung.



Nr. 280.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzl. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 6. Dezember.

Insertionsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 5 fr.

1882.

Der Staatsvoranschlag pro 1883.

Original-Telegramm.

Wien, 5. Dezember. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte Se. Excellenz der Finanzminister Ritter von Dunajewski den Staatsvoranschlag pro 1883 vor. Nach demselben wird das Gesamterfordernis des Jahres 1883 mit dem Betrage von fl. 491 881 215 die Bedeckung mit fl. 460 218 810 veranschlagt, wonach sich ein Abgang von fl. 31 662 405 ergibt.

Um dieses Endresultat der diesjährigen Präliminierung mit den entsprechenden Schlussziffern des Voranschlages pro 1882 richtig zu vergleichen, müssen einerseits aus dem Erfordernisse dieses Jahres jene Mehrkosten ausgeschieden werden, welche aus Anlaß der Unruhen in Süddalmatien und im Occupationsgebiete erwachsen sind, andererseits in der Bedeckung jener Beträge, welche durch Verkauf gemeinsamer Activen mit der speciellen Bestimmung zur theilweisen Bedeckung der erwähnten außerordentlichen Auslagen zu beschaffen waren.

Nach dem Finanzgesetze vom 29. März 1882 war das Erfordernis mit 485 120 951 beziffert, welche Summe jedoch durch Nachtragscredite sich auf 501 906 401 erhöhte.

Rechnet man hievon die Beitragsquote zur Bedeckung der bezeichneten außerordentlichen Heeresauslagen per 20 374 200 ab, so stellt sich das Erfordernis auf 481 532 201

Die Bedeckung war im Finanzgesetze pro 1882 mit 448 155 793 beziffert.

Mit Hinzurechnung der nachträglich bewilligten Bedeckungscredite stellt sich dieselbe auf 454 052 023 dagegen mit Abrechnung der aus den gemeinsamen Activen zu erzielenden Einnahmen per 11 319 000 auf 442 733 023

Der auf diese Weise richtig gestellte Abgang des Jahres 1882 betrug demnach 38 799 178

Vergleicht man diese Ziffer mit dem oben angegebenen Betrage des Abganges pro 1883, so zeigt sich der letztere um 7 136 773 geringer.

Scheidet man jedoch an dem Abgange des Jahres 1883 per folgende specielle, nicht zur regelmäßigen Verwaltung gehörenden Extra-Ordinarien aus, und zwar im Erfordernisse die Occupationsauslagen mit 6 165 768 die Eisenbahnbau-Auslagen (mit Einschluß der Beitragsleistung für die Kremsthaler Bahn) mit 20 300 000 in der Bedeckung dagegen die Rückzahlung des Bauvorschlusses der Buschtiehrader Bahn per 1 121 482

so erübrigt ein Betrag von 25 344 286

Wenn in ähnlicher Weise vom Abgange des Jahres 1882 per 38 799 178 das Occupationserfordernis per 4 237 765 die Eisenbahnbau-Auslagen per 5 500 000 und die Rückzahlung der Schafscheine per 10 000 000

zusammen 19 737 765 in Abzug gebracht werden, so verbleibt ein Abgang von 19 061 413

Das Deficit des Jahres 1883 stellt sich somit, wenn man in Einnahme und Ausgabe bloß die mit größerer Regelmäßigkeit wiederkehrenden Gebarungen in Betracht zieht, um 12 743 294 günstiger, als jenes des laufenden Jahres.

Im einzelnen haben sich im Budget pro 1883 folgende bemerkenswertere Veränderungen gegenüber dem diesjährigen Präliminare ergeben.

A. Erfordernis.

Das Erfordernis pro 1883 beträgt, wie erwähnt 491 881 215 und erscheint gegenüber jenem des laufenden Jahres per 481 532 201 um 10 349 014 höher.

Das Erfordernis des Reichsrathes konnte um 412 757 ermäßigt werden, hauptsächlich weil für den Bau des Parlamentsgebäudes, für welchen im Vorjahre die Baurate noch mit 800 000 fl. eingestellt war, nur mehr ein Betrag von 400 000 veranschlagt wird.

Von den verschiedenen unter Capitel V: „Ministerrath“, zusammengefaßten Etats hat nur jener des Verwaltungsgerichtshofes eine einigermaßen erhebliche Veränderung erfahren, indem sich durch den Wegfall jener Auslagen, welche durch Uebersiedlung dieses Gerichtshofes in die demselben neu zugewiesenen Localitäten und durch Adaptierung dieser letzteren erwachsen sind, ein Mindererfordernis von 39 985 ergibt.

Im Capitel VI: „Beitragsleistung zu den gemeinsamen Anlässen“, erscheint die Post: Ueberschüsse des Zollgefälles mit 12 924 760 eingestellt, während im Vorjahre unter diesem Titel nur ein Betrag von 411 600 präliminirt war.

Im Vorjahre hatten nämlich die Verzehrungssteuer-Restitutionen, welche von dem an die gemeinsamen Finanzen abzuführenden Erträgnisse des Zollgefälles in Abzug gebracht werden, die Zolleinnahmen beträchtlich überwogen, so daß im Zollgefälle ein namhaftes Deficit sich ergab.

Gegenwärtig ist in Folge der Wirkungen der neuen Zölle eine so bedeutende Mehreinnahme voranzusehen, daß hiedurch das Mißverhältnis gegenüber den Restitutionen wieder aufgehoben wird.

Bekanntlich ist die Gebarung des Zollgefälles, da dasselbe eine gemeinsame Einnahmequelle bildet, eine bloß durchlaufende Post, die Steigerung der fraglichen Einnahmen wirkt jedoch indirect durch entsprechende Verminderung der Beitragquote zu den gemeinsamen Auslagen auf den diesseitigen Staatshaushalt zurück.

Die übrigen Positionen des in Rede stehenden Capitals gründen sich auf die Allerhöchst sanctionirten Delegationsbeschlüsse hinsichtlich des gemeinsamen Staatshaushaltes pro 1883.

Das Mehrerfordernis des Ministeriums des Innern per entfällt ausschließlich auf die außerordentlichen Straßen- und Wasserbauten, namentlich auf die letztern, indem die Erhöhung der Dotationen für einige Flussregulirungen unabweislich geworden ist.

Das Ministerium für Landesverteidigung erscheint mit einem um 494 388 niedrigeren Erfordernisse eingestellt, hauptsächlich in Folge des Wegfalles der dritten Woche der Waffenübung im Jahre 1883, ferner einiger im Vorjahre veranschlagten außerordentlichen Erfordernisse, dagegen erscheint der Aufwand für die Gendarmerie erheblich erhöht, was indessen lediglich darauf beruht, daß die Kosten der zur Ueberwachung des Viehcatasters in Galizien verwendeten Gendarmerie, welche bisher nur beim Ministerium des Innern veranschlagt waren, im Interesse einer wichtigen Budgetierung hier einerseits als Ausgabe, dagegen andererseits als Rückersatz von Seite des genannten Ministeriums in der Bedeckung eingestellt erscheinen.

Der Minderaufwand des Ministeriums für Cultus und Unterricht per 246 740 entfällt zum überwiegend größten Theile auf das Unterrichtswesen, und rührt in erster Linie daher, daß für den Wiener Universitätsbau diesmal nur 500 000 veranschlagt werden, während im Jahre 1882 hierfür 800 000 angestellt waren; dagegen erscheint das ordentliche Erfordernis der Hochschulen gesteigert, und werden für die Mittelschulen und für das gewerbliche Unterrichtswesen in Folge der stetigen Fortentwicklung dieser Unterrichtszweige erheblich höhere Ansprüche gestellt.

Die Gesamtsumme des Erfordernisses des Finanzministeriums erscheint um 3 001 616 niedriger, als im Vorjahre, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß der Betrag von 4 314 016 welcher im Jahre 1882 zur Bedeckung des im Zollgefälle in Folge der Zunahme der Steuer-Restitutionen sich ergebenden Abganges präliminirt wurde, nunmehr in Abfall gekommen ist.

Läßt man diesen Betrag außer Betracht, so ergibt sich für das genannte Ministerium ein Mehraufwand von 1 312 400 welcher theils auf einigen nothwendig gewordenen Personalvermehrungen, namentlich bei der Finanzwache, theils auf der Erhöhung des an die ungarische Finanzverwaltung zu leistenden Erfasses für Verzehrungssteuer-Restitutionen, hauptsächlich aber auf der Steigerung des Aufwandes für das Tabakgefälle um 2 033 900 beruht, welche Steigerung in der stetigen Zunahme des Consums und der hiedurch eingetretenen Nothwendigkeit, im großen Maßstabe für die Ergänzung der Vorräthe Sorge zu tragen, begründet ist.

Dagegen erscheint unter dem Titel: „Etat der Grundsteuer-Regulierung“, wofür im Vorjahre noch 1 670 000 veranschlagt waren, nur mehr ein Betrag von 113 000 für verschiedene aus Anlaß des Reclamationsverfahrens noch im Jahre 1883 nothwendige Arbeiten eingestellt.

Der Mehraufwand des Handelsministeriums per 15 964 727 entfällt zum weitest größten Theile auf den Eisenbahnbau, indem für die Albergbahn, für welche durch das Finanzgesetz pro 1882 nur 5 500 000 bewilligt waren, mit Rücksicht auf das rasche Fortschreiten des Baues 11 Millionen Gulden beansprucht werden, indem ferner für die galizische Transversalbahn, für welche 1882 noch der pro 1881 bewilligte Credit zugebottene stand und daher kein Anspruch gestellt wurde, 9 Millionen Gulden eingestellt erscheinen.

Verhältnismäßig minder bedeutende Mehransprüche werden gestellt für die Rarenta-Regulierung, dann in Folge der stetigen Zunahme des Verkehrs für das Post- und Telegraphenwesen und für den Eisenbahnbetrieb.

Endlich ist der mit Gesetz vom 29. Mai 1882 (R. G. Bl. Nr. 58) bewilligte Beitrag zum Ausbau der Kremsthal-Bahn unter einem besonderen Titel eingestellt.

Im Etat des Ackerbauministeriums hat sich ein Mehraufwand von 118 919 ergeben, welcher größtentheils auf die productiven Verwaltungszweige, auf das Forst- und Montanwesen entfällt und in der in Aussicht genommenen größeren Production begründet ist.

Gulden

85 277

494 388

246 740

500 000

800 000

3 001 616

4 314 016

1 312 400

2 033 900

1 670 000

113 000

15 964 727

5 500 000

118 919

Die Mehreinstellung beim Justizministerium um
betrifft lediglich die Justizverwaltung in den Kronländern und resul-
tiert zum Theil aus systemmäßigen Gehaltserhöhungen, zum größern
Theile jedoch aus der bedeutenden Steigerung der Kosten der
Strafrechtspflege, welche mit Rücksicht auf die stetige Zunahme der
in gerichtlichen Gefängnissen untergebrachten Sträflinge vorgesehen
werden mußte.

Der Pensionsetat weist ein Mehrerfordernis von
auf, weil die Erhöhung der Beamtengehälter durch das Gesetz vom
15. April 1873 und die daraus hervorgehende höhere Bemessung
der neu zuwachsenden, im Vergleiche zu den in Abfall kommenden
Pensionen noch immer ihre Wirkung äußert und außerdem die Ruhe-
gebühren verschiedener Kategorien von Staatsbediensteten zuwachsen,
denen die Pensionfähigkeit in den letzten Jahren zugesprochen wurde.

Die Subventionen an Verkehrsanstalten wurden auf Grund
der anzuhoffenden Betriebsergebnisse mit einem um
niedrigeren Betrage eingestellt.

Im Etat der Staatsschuld ist das im Vorjahre prälimi-
nierte Erfordernis für die Tilgung der auf Grund des Gesetzes vom
11. Juni 1878 ausgegebenen Schatzscheine per
sowie das bezügliche Zinsenerfordernis entfallen, wogegen der An-
spruch für Tilgung und Verzinsung der allgemeinen Staatsschuld
sich erhöht hat und namentlich für die Verzinsung der Rente-
obligationen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder
mit Rücksicht auf die im laufenden Jahre stattgefundenen Emissionen
von Rentenrente ein Mehrerfordernis von
entstanden ist.

Das nicht bedeutende Mehrerfordernis der Verwaltung der
Staatsschuld per
betrifft die Kosten für die Erzeugung der neuen Staatsnoten.

B. Bedeckung.

Die mit 460 218 810 fl. veranschlagten Einnahmen erscheinen gegenüber
dem vorjährigen Präliminare per 442 733 023 fl. um 17 485 787 fl. höher.

Beim Ministerium für Landesverteidigung erscheint die Bedeckung um
181 618 fl. erhöht, was indessen fast ganz auf der bereits erwähnten Einstellung
des Rückersatzes der Kosten für die zur Ueberwachung des Viehcatasters in Galizien
verwendete Gendarmerie beruht.

Im Etat des Ministeriums für Cultus und Unterricht steht einer nicht
unerheblichen Erhöhung der Einnahmen des Unterrichtswesens ein Ausfall beim
Cultus-Etat per 208 060 fl. gegenüber, welcher sich hauptsächlich durch den Wegfall
der im Vorjahre veranschlagten außerordentlichen Einnahmen des galizischen Reli-
gionsfondes aus der Liquidierung des galizischen Ausgleichsfondes ergibt.

Die Bedeckung des Finanzministeriums ist um 13 482 737 fl. höher ver-
anschlagt, was in der Hauptsache auf die erwarteten günstigeren Ergebnisse des
Zollgefälles zurückzuführen ist.

Die Zolleinnahmen erscheinen nämlich auf Grund der letztbekanntesten
factischen Ergebnisse und mit Rücksicht auf die anzuhoffenden Wirkungen der neuen
Zölle um 12 943 612 fl. höher präliminiert.

Auch das Erträgnis des Tabakgefälles konnte bei den fortgesetzt günstiger
sich gestaltenden Gebahrungsergebnissen um 3 348 000 fl. höher angenommen werden,
als im Vorjahre.

Minder erhebliche Mehreinstellungen haben bei einigen anderen Ein-
nahmszweigen, so namentlich beim Salzmonopol, beim Stempelgefälle, dann bei
der Bedeckung der Finanzwache stattgefunden.

Dagegen werden Ausfälle vorgeesehen im Etat der allgemeinen Cassen-
verwaltung, bei welcher einige außerordentliche Eingänge in Abfall gekommen sind,
bei den directen Steuern und der Verzehrungssteuer.

Bei den directen Steuern ist im ganzen eine Mindereinnahme von
162 000 fl. vorgeesehen, obwohl bei fast allen einzelnen Steuergattungen Mehr-
erträgnisse angenommen werden konnten und namentlich die Gebäudesteuer mit
Rücksicht auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen um 1 005 000 fl. höher ein-
gestellt erscheint.

Der Ausfall betrifft lediglich die Grundsteuer, welche im Hinblick auf
die Rückwirkungen, welche von den Elementarereignissen des vergangenen Som-
mers für den Steuerertrag in den Alpenländern zu erwarten sind, ferner insolge
der minder ergiebigen Ernte auch in den nördlichen Ländern um 1 500 000 fl.
niedriger veranschlagt werden mußte.

Bei der Verzehrungssteuer ergibt sich trotz der Einstellung der aus der
Mineralölsteuer zu erwartenden Einnahme, welche vorläufig mit 1 000 000 fl.
angenommen wurde und trotz einiger anderen Mehreinstellungen eine Minder-
einnahme von 2 808 400 fl.

Dieselbe ist jedoch eine bloß scheinbare und betrifft lediglich die Zucker-
steuer, welche auf Grund der factischen Produktionsverhältnisse um 3 900 000 fl.
niedriger eingestellt erscheint, als im Vorjahre. Da jedoch bekanntlich auf Grund
des Gesetzes vom 18. Juni 1880, R. G. Bl. Nr. 74, der Staatsverwaltung ein
bestimmter, von Jahr zu Jahr steigender Reinertrag der Verbrauchsabgabe von
der Rübenzuckererzeugung gegenüber der zu leistenden Restitution für den Zucker-
export garantiert ist, ergibt sich aus der obigen Mindereinstellung, welche sich nur
auf den Brutto-Ertrag der Zuckersteuer bezieht, keine Verminderung des effectiven
Steuerertrages.

Im Etat des Handelsministeriums hat sich eine sehr bedeutende Mehr-
eingabe im Betrage von 2 143 000 fl. ergeben, welche in den constant günstiger
sich gestaltenden Betriebsergebnissen der unter der Verwaltung dieses Ministeriums
stehenden Verkehrsanstalten begründet ist, von welchem namentlich die Postanstalt
mit einem um 1 147 000 fl. höheren Bedeckungsbetrage eingestellt erscheint.

Beim Ackerbauministerium wird hauptsächlich durch Erhöhung der Ein-
nahmen des Montanwesens ein um 168 595 fl. günstigeres Resultat vorgeesehen.

Bei den Subventionen und Dotationen sind höhere Rückzahlungen auf
Garantievorschüsse seitens der Kaschau-Oberberger Bahn in Aussicht genommen,
wodurch sich die bezügliche Bedeckung um 78 500 fl. erhöht.

Die Erhöhung der Bedeckung im Capitel „Staatsschuld“ um 463 992 fl.
beruht darauf, daß hier jener Betrag eingestellt wird, welcher behufs Tilgung
der zur Rückzahlung fällig werdenden Capitalien der allgemeinen Staatsschuld
durch Begebung von gemeinsamer Rente aufzubringen ist.

Die Höhe dieser Bedeckungspost hängt demnach lediglich von dem jewei-
ligen Tilgungserfordernisse ab, und erscheint die vorliegende Mehreinstellung nur
als eine Consequenz der Erhöhung des bezüglichen diesjährigen Erfordernisses.

Unter einem besondern Titel ist endlich ein Betrag von 1 121 482 fl.
eingestellt, welcher von der Buschriebader Eisenbahngesellschaft als Rückzahlung

Gulden
171 376

421 500

851 300

10 000 000

2 530 271

28 790

inclusive Zinsenausgleich für den zum Baue der Linie Falkenau-Grasliß ge-
währten Staatsvorschusse eingezahlt wurde.

Die Ertheilung des fraglichen Vorschusses gründete sich auf das Gesetz
vom 20. März 1876, R. G. Bl. Nr. 52, nach dessen Bestimmungen die Rück-
erstattung des Vorschusses in Prioritäts-Obligationen der genannten Gesellschaft
zu leisten war; insolge gütlichen Uebereinkommens wurde jedoch der gewährte
Vorschuss nebst einer Pauschalvergütung für die aufgelaufenen Zinsen von der
Gesellschaft im Baren zurückerstattet.

Der Finanzminister bespricht hierauf die Steuereingänge für die
ersten neun Monate 1882.

Der Ertrag der directen und indirecten Besteuerung stellt sich in den
ersten neun Monaten des Jahres 1882 gegenüber der gleichen Periode des Vor-
jahres, abgesehen von der Zuckersteuer, welche contingentiert ist, und den Zöllen,
welche dem gemeinsamen Staatshaushalt angehören, um 8 294 000 Gulden gün-
stiger heraus.

Scheidet man aus dieser Summe die Einnahme aus der Verbrauchs-
abgabe von Mineralöl, welche in der gleichen Periode des Vorjahres noch nicht
eingehoben wurde, mit 516 000 fl., ferner die besondere Abgabe vom Ausschank
geistiger Getränke mit 969 000 fl., welche im Vorjahre erst gegen Schluss des
Jahres dem Ertrage nach wirksam wurde, aus, so erübrigt noch immer eine
Summe von 6 809 000 fl.

Hievon entfallen auf die directen Steuern insolge der höheren Einnahmen
der Gebäude- und Erwerbsteuer, dann der Einkommensteuer, dieser letzteren ins-
besondere durch den Eintritt mehrerer früher steuerfreien Eisenbahngesellschaften
in die Steuerpflicht 1 237 000 fl.

Auf die indirecten Abgaben entfällt eine Mehreinnahme von 5 572 000 fl.,
an welcher der Ertrag des Tabakverschleißes mit 3 012 000 fl., das Stempelgefälle
mit 1 004 000 fl. und die Gebühren von Rechtsgeschäften mit 1 633 000 fl. par-
ticipieren.

Außerdem weist die Biersteuer und das Salzgefälle namhafte Ertrags-
zunahmen aus.

Ein ungünstiges Ergebnis ist nur bei der Tabakerzeugung zu verzeichnen,
welches aber mit den höheren Verschleißerträgen in Verbindung steht und von
diesen weitaus überholt wird.

Die Zölle haben in dem österreichisch-ungarischen Zollgebiete inclus. Agio
um 6 811 459 fl. mehr getragen, wovon auf die diesseitige Reichshälfte im Quo-
tenverhältnisse 4 672 660 fl. entfallen.

Infolge dieser reichlichen Zuflüsse sind die Cassenbestände äußerst
günstig, so daß die Staatsverwaltung sich in die Lage versetzt sah, beträcht-
liche Summen an unbedeckten Crediten aus den Cassenbeständen zu
bestreiten, ohne diese letztern zu schwächen. So blieb für das Jahr 1880 ein
Theilbetrag des Abganges von 1 435 344 fl. unbedeckt.

Ferner wurden für den Bau der Arlbergbahn 2 100 000 fl. bewil-
ligt, zusammen daher 3 535 344 fl.

1881. Der im Jahre 1881 unbedeckt verbliebene Theilbetrag des Ab-
ganges betrug 3 466 310 fl., für die Einlösung des Lehens Brana und zur Ent-
schädigung an Conte Borelli wurden bewilligt 750 000 fl., für die Manufaktur-
Reichenschule in Wien 21 000 fl., für den Ausbau der galizischen Trans-
versalbahn 2 500 000 fl., zusammen daher 6 737 310 fl.

1882. Der Abgang des Jahres 1882 beträgt mit Einschluß der nach-
träglich bewilligten Credite 47 854 378 fl., hievon wurden gedeckt durch Renten-
Emission zufolge Gesetzes vom 29. März 1882, R. G. Bl. Nr. 33, 37 565 158 fl.;
dann zufolge Gesetzes vom 8. Juni 1882, R. G. Bl. Nr. 73, 9 055 200 fl., zu-
sammen 46 620 358 fl., es bleiben daher unbedeckt 1 234 020 fl., für die durch
Ueberschwemmung heimgesuchten Gegenden in Tirol und Kärnten wurden flüssig
gemacht 700 000 fl.

Ferner ist für das Jahr 1882 noch ein Nachtragscredit für den Bau
der Arlbergbahn im Betrage von 2 000 000 fl. nöthig, daher zusammen 3 934 020 fl.
Unbedeckt blieben somit im Jahre 1880 3 535 344 fl., im Jahre 1881 6 737 310 fl.,
im Jahre 1882 3 934 020 fl., im ganzen daher 14 206 674 fl., welche durch Ent-
nahme aus den Cassenbeständen ihre Bedeckung gefunden haben, oder — insoferne
die Verausgabung dieser Credite noch nicht erfolgt ist — finden werden.

Selbstverständlich sind die günstigen Cassenbestände im laufenden Jahre
zum großen Theile den Zolleingängen zuzuschreiben. Diesbezüglich sind
folgende Biffern wichtig: Die Zölle haben in dem österreichisch-ungarischen Zoll-
gebiete inclusive Agio um 6 811 459 fl. mehr getragen, wovon auf die diesseitige
Reichshälfte im Quotenverhältnisse 4 672 660 fl. entfallen.

Die Besorgnis, daß die Einfuhr der nach dieser Richtung wichtigsten
Artikel (Kaffee und Petroleum) vor dem Inslebentreten der betreffenden
Gesetze sich so bedeutend steigern werde, daß dadurch der Ertrag des Jahres 1883
geschmälert werden dürfte, hat sich als nicht begründet erwiesen. Beim Petro-
leum wurden zwar in den ersten 8 Monaten d. J., das ist bis 1. September,
180 000 Metercentner mehr eingeführt, als in der gleichen Periode des Vorjah-
res, indessen ist der Petroleumimport in den zwei darauffolgenden Monaten (Sep-
tember und Oktober) zurückgeblieben, so daß man annehmen kann, es werde bis
Schluss des Jahres eine vollständige Ausgleichung diesbezüglich stattfinden.

Was die Preise des Petroleums anbelangt, so sind dieselben mit der
Einführung des neuen Zolles allerdings nicht unerheblich gestiegen. Indessen dürfte
die Ursache nicht zum geringen Theile in einer stark forcierten Speculation der
amerikanischen Producenten und Großhändler liegen, welche durch die bei-
nahe gänzliche Sperrung der amerikanischen Verschiffungen eine bedeutende künst-
liche Preissteigerung hervorgebracht haben. Diese Speculation hat bekanntlich
schon zu wiederholtenmalen auf die Preisverhältnisse in Europa Einfluss genom-
men, ja im Jahre 1876 eine Erhöhung des Preises um nahezu das Doppelte
zur Folge gehabt. Und wenn einerseits begründete Hoffnung vorhanden ist, daß
die durch den neuerlichen amerikanischen Petroleum-Ring künstlich erzeugten Preise
nicht lange in ihrer jetzigen Höhe verbleiben werden, so muß andererseits auf die
inländische Industrie hingewiesen werden, deren unverkennbare Steigerung auf die
Preisregulierung einen unzweifelhaften Einfluss ausüben wird. Es wäre noch der
Umstand hervorzuheben, daß in den dormaligen Petroleumpreisen der neue erhöhte
Zoll noch immer nicht vollständig zum Ausdruck gelangt.

Anlangend den so wichtigen Artikel Kaffee, war der Finanzminister in
der Lage, eine Reihe von Aufklärungen zu geben, die sich in erfreulichem Gegen-
satz zu den seinerzeitigen pessimistischen Prophezeiungen, betreffend die besürchtete
Preissteigerung des Kaffees insolge der Einführung des höheren Kaffeezolles,
befinden. Die Zahlen führen eine beredte Sprache: Hinsichtlich des Kaffees ist
nämlich die günstige Thatsache zu constatieren, daß der Preis desselben ungeachtet
des erhöhten Zolles bedeutend herabgegangen ist und der Import nicht abgenommen
hat. Die meisten Kaffeesorten sind nämlich um durchschnittlich 10 fl. per Meter-
Centner billiger geworden, nur bei zwei der feinsten Gattungen ist eine unbedeu-

tende Preiserhöhung eingetreten. Was den Import anbelangt, welcher jährlich ungefähr 350 000 Metercentner, somit per Monat circa 29 000 Metercentner beträgt, so wurden wohl in den zwei ersten Monaten dieses Jahres 240 000 Metercentner eingeführt, wovon das Hauptquantum auf die letzte Woche vor der Einführung des Sperrgesetzes entfällt.

Diese bedeutende Mehreinfuhr wurde jedoch durch den Minderimport in den Monaten März bis Oktober bereits bis auf 35 000 Metercentner absorbiert.

Wird nun in Erwägung gezogen, daß in den Monaten November und Dezember 1881 nahezu 62 000 Metercentner importiert wurden, so dürfte der obige Vorrath bis heute bereits verzehrt sein, und es wäre, den Importziffern des Vorjahres entsprechend, noch eine Einfuhr von 27 000 Metercentner nöthig. Dieselbe dürfte aber in Gemäßheit des Consums der drei ersten Quartale dieses Jahres viel höher sich gestalten.

Der Verbrauch an Kaffee hat somit nicht abgenommen, der Staatschatz hat durch Erhöhung des Kaffeezolles eine bedeutende Mehreinnahme erzielt — und was das Wichtigste dabei ist — ohne Mehrbelastung der Consumenten.

Auf Grundlage der höheren Eingänge aus dem Betriebe der Post, des Telegraphen und des Tabakmonopoles und den günstigen Steuererträgen infolge des Entstehens vieler neuer industrieller Unternehmungen oder aus der Zunahme des Eisenbahnverkehrs constatirt der Finanzminister die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates und erklärt, daß zu diesem Ende auch die Regierung ihrerseits durch entsprechende Vorlagen, die dem Reichsrathe zukommen werden, nach Kräften beitragen wird.

Es sind dies folgende Vorlagen, deren Einbringung der Finanzminister in baldige Aussicht stellt: Gesezentwurf über Actiengesellschaften; Novelle zum Berggeseze, betreffend die Dienstordnung und die Bruderladen; Gesezentwurf, betreffend die Erbfolge bei Bauerngütern; Gesezentwurf, betreffend die Organisation des Forstschusses; schließlich ein Gesezentwurf über die Haftpflicht bei Unfällen der in industriellen Unternehmungen be-

schäftigten und die damit in Verbindung stehende Unfallsversicherung.

Auf den Abgang des Jahres 1883 zurückkommend, betont der Minister, man könne unmöglich verlangen, daß der Aufwand für neue Eisenbahnbauten (20 300 000 fl.) aus den laufenden Einkünften des Staates gedeckt werde, um schon davon nicht zu sprechen, daß selbst in dem regelmäßigen Aufwande eine Summe von mehr als 5 1/2 Millionen für Investitionen enthalten ist.

Es ist daher nicht zu verkennen, daß, Dank den Beschlüssen der Reichsvertretung über den Zolltarif, sowie infolge der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse, ein bedeutender Schritt gethan wurde zur definitiven Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte. Um dieses Ziel so bald als möglich auch wirklich zu erreichen, überreicht der Finanzminister dem Abgeordnetenhaufe vier Gesezentwürfe, und zwar über die Erwerbsteuer, über die Besteuerung der zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Erwerbunternehmungen, über die Rentensteuer und über die Personal-Einkommensteuer, wobei er bemerkt, daß mit Benützung der bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete durch die Annahme dieser Gesezentwürfe einerseits den berechtigten Einwendungen gegen die bisherige Einkommensteuer vom Jahre 1849 Rechnung getragen, andererseits dem Staate die Mittel geboten werden sollen, den Staatshaushalt definitiv zu ordnen.

Indem der Finanzminister die Bedeutung dieses Gesezentwurfes, insbesondere der Personal-Einkommensteuer betont und die Bemerkung hinzufügt, daß in dem progressiven Charakter der letztgenannten, vielfach gewünschten und leider bisher nicht zustande gekommenen Steuer die Gewähr für einen gerechteren Besteuerungsmodus, für die Heranziehung der verhältnismäßig geringer besteuerten größeren Einkommen, sowie für eine eventuelle künftige Entlastung der minder begüterten Classen der Bevölkerung gelegen ist, richtet er einen warmen Appell an den Patriotismus und den Pflichter der Reichsvertretung, ihm bei Austragung des allseits ersehnten Zieles der Herstellung des Gleichgewichtes thätkräftig beizustehen.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Lage.

Die Ersetzung im steierischen Großgrundbesitze an Stelle des verstorbenen Reichsrathsabgeordneten Lohninger ist bereits ausgeschrieben, und zwar wird dieselbe am 3. Jänner 1883 stattfinden. Dagegen ist inzwischen wieder im Stadtwahlbezirk Brunn durch die Resignation des bisherigen Abgeordneten Hofrathes d'Elvert ein Mandat für das Abgeordnetenhaus erledigt worden.

Anlässlich der wieder beginnenden Reichsrathscampagne richten einige Journale an die Abgeordneten aller Parteien die Mahnung, jeden müßigen Streit beiseite zu lassen und ihre Aufmerksamkeit ausschließlich jenen Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur zuzuwenden, die auf dem Programme des bevorstehenden Sessionsabschnittes stehen und über deren dringlichen Charakter in der Bevölkerung kein Meinungsstreit besteht. „Wir möchten wünschen — schreibt die „Son- und Montagszeitung“ — daß gerade in der gegenwärtigen Periode des Abgeordnetenhauses die Agitation durch volksthümliche und die berechtigten Ansprüche der Massen insbesondere auf dem Gebiete der materiellen Interessen fördernde Geseze eine recht lebhaft sei. Leider ist dafür bei dem Widerstreite der politischen und nationalen Parteien nicht viel begründete Hoffnung vorhanden. Und doch ist dies der Punkt, auf den, wie eine aufmerksame Beobachtung aller Bevölkerungskreise zeigt, die Augen des Volkes vorzugsweise gerichtet sind, wo der nationale Hader aufhört und die Parteiung ihr Ende findet. Diejenigen, welche darüber leichtfertig hinweggehen zu können glauben, werden nur zu bald die Erfahrung machen, daß sich vor ihnen ein Abgrund auftut, weit genug, um ganze politische Parteien zu verschlingen.“ — Auch die „Süddeutsche Presse“ gibt der Ansicht Ausdruck, daß der Reichsrath besser thun würde, anstatt mit nationalen Fäulnissen sich zu beschäftigen, notwendige wirtschaftliche Reformen zu behandeln.

Die Angelegenheit der böhmischen Privatschule in Wien beschäftigt auch die auswärtige Presse. So heißt es in einem Wiener Briefe der „Neuen Preussischen Zeitung“: „Die Regierung hat das Gesuch um die Errichtung einer böhmischen Privatschule bewilligt und einen abschlägigen Bescheid des Landesschulrathes cassirt. Die Regierung hatte kein gesetzliches Mittel, dies Ansuchen zu verweigern, und die Bewilligung kann daher auch mit gesetzlichen Mitteln nicht bekämpft werden. . . Wenn indessen von einem Theile der hiesigen Presse eine Gefahr für das Deutschthum an die Wand gemalt wird, so möchten wir bezweifeln, daß es im Interesse des Deutschthums liege, dasselbe so darzustellen, daß es schon durch die Errichtung einer böhmischen Privatschule in einem Vorstadtbezirk gefährdet werden könnte.“

Ähnlich äußert sich die „Frankfurter Zeitung“. Sie schreibt: „Der Cultusminister konnte nach dem Geseze gar nicht anders entscheiden; ihm steht gar kein Recht zu, eine Privatschule, wenn dabei den übrigen gesetzlichen Voraussetzungen genüge gethan wird, bloß deshalb zu verbieten, weil die Unterrichtssprache czechisch ist. Der von der „Wiener Abendpost“ veröffentlichte Wortlaut der cultusministeriellen Entscheidung zeigt unwiderleglich, daß sich Baron Conrad in dieser Angelegenheit streng an das Gesez gehalten hat. Der czechischen Privatschule ist weder das Öffentlichkeitsrecht noch das Privilegium, staatsgiltige Zeug-

nisse auszustellen, erteilt worden. Wenn die Behauptung des Landesschulrathes, die Unterrichtssprache einer Privatschule müsse der Landessprache entsprechen, begründet wäre, dann wäre damit gesagt, daß weder in Galizien, noch in Dalmatien, noch in Triest Privatschulen mit deutscher Unterrichtssprache bestehen dürften.“ — Auch das „Frankfurter Journal“ pflichtet dieser Anschauung bei, indem es bemerkt: „Von ihrem Standpunkte aus hatte die Regierung recht, wenn sie die Errichtung dieser Privat-Volksschule, entgegen einem abweisenden Bescheide des Landesschulrathes, bewilligte, denn der Regierung steht buchstäblich kein gesetzliches Mittel zur Verfügung, diese Bewilligung zu verweigern. Wenn also die Extrem-Verfassungstreuen sich wieder einmal erheben, und wenn sie vom Deutschthum noch so viel Schönes, Wahres und Gutes reden, so muß doch sehr fraglich bleiben, ob sie diesmal die öffentliche Meinung wirklich hinter sich haben. Im Publicum erblickt man, wie uns von anderer Seite aus Wien verbürgt wird, in der Errichtung einer czechischen Volksschule mit Privatmitteln weder ein großes noch ein bedenkliches Vorkommnis. Auch hat man eine zu hohe Meinung von den festen Wurzeln des Deutschthums in der Donau-Kaisersstadt, als daß dieses durch eine czechische Schule, welche ein Privatverein errichtet, geschädigt werden könnte.“

Vom Ausland.

Aus Berlin wird der „Kölnischen Zeitung“ unter dem 2. d. M. telegraphirt: Wie verlautet, hat England bei den verschiedenen Mächten wegen einer europäischen Conferenz in London bezüglich der Donaufrage, in erster Linie behufs der Verlängerung des Mandates der europäischen Commission, angefragt. Falls die Mächte zustimmen, soll die förmliche Einladung von Seite Englands erfolgen.

Wie aus Paris gemeldet wird, beschäftigte sich am 2. d. M. der französische Ministerrath unter dem Vorsitze Herrn Grévy's vorwiegend mit auswärtigen Angelegenheiten, insbesondere mit der Affaire von Madagascar. Es wurde beschloffen, daß die Rechte Frankreichs in demjenigen Theile der Insel, welcher von den unter Frankreichs Protectorate stehenden Tribus bewohnt ist, mit vollster Energie und mit allem Nachdrucke aufrechterhalten werden sollen. Das „Memorial Diplomatique“ erfährt übrigens, daß das Londoner Cabinet keineswegs zugunsten der Gesandten von Madagascar bei Frankreich intervenieren wolle, es habe nur ein freundschaftlicher Ideenaustausch zwischen London und Paris bezüglich der Frage von Madagascar stattgefunden. Alles, was England wünscht, ist, daß seine Landesangehörigen nicht unter dem Streite, der zwischen der französischen Regierung und Madagascar ausgebrochen ist, zu leiden haben.

Ein neuer Ministerwechsel wird aus Constantinopel gemeldet, die früheren Minister sind wieder eingesetzt, folgerichtig also die jüngst ernannten abgesetzt, wenn auch in den Telegrammen über deren weiteres Schicksal nichts gesagt ist. Der frühere Premierminister Said Pascha wurde zum Großvezier und Präsidenten des Ministerrathes, Arifi Pascha zum Minister des Aeußern, Edib Efendi zum Finanzminister, Ghazi Osman Pascha wieder zum Kriegsminister mit dem Titel Seraskier, Hassan Pascha zum Minister der Marine und Akif Pascha zum Präsidenten des Staatsrathes ernannt; die übrigen Minister wurden auf ihren Posten belassen. Wie die „Agence Havas“ aus Constantinopel meldet, bedeutet

der Ministerwechsel die Rückkehr zu dem vor der Promulgierung der Verfassung im Jahre 1878 bestandenem Status.

Der Process Arabi hat ein plötzliches Ende gefunden. Der frühere Dictator von Egypten wurde am 3. d. M. vormittags in Kairo vor das Kriegsgesicht gestellt, bekannte sich der bewaffneten Rebellion, der einzigen gegen ihn aufrecht erhaltenen Anklage, für schuldig und wurde dafür formell zum Tode verurtheilt, sofort aber vom Rhedive zu lebenslänglicher Verbannung begnadigt, mit dem Vorbehalte der Todesstrafe bei etwaiger Rückkehr. — Das Reorganisationswerk Lord Dufferins soll im wesentlichen darin bestehen, daß an die Spitze aller wichtigen Verwaltungsposten Engländer gestellt werden, und zwar sollen die bezüglichen Ernennungen, darunter auch jene des General-Finanzcommissärs sowie des Höchstcommandirenden der Armee, durch vom Rhedive unterfertigte Decrete vollzogen werden. Bezüglich des letzteren Postens heißt es, daß General Wood für denselben die meisten Chancen habe. — Das Ministerium beruft die letzten zwei Classen des diesjährigen Aufgebotes ein; die Höhe des Truppencontingentes wird mit 7000 Mann veranschlagt. Die Ernennung Baker Paschas zum Commandanten der Gendarmerie und Polizei wird schon für die nächsten Tage erwartet.

Tagesneuigkeiten.

(Gedenkmedaille.) Der Verein für Landeskunde von Niederösterreich versendet eine Abbildung der beiden Seiten der Medaille, welche zur sechshundertjährigen Feier der Belehnung des Hauses Habsburg mit dem Herzogthum Oesterreich durch den Kammergraveur Herrn Anton Scharff ausgeführt worden ist. Die Aversseite stellt den Act der Belehnung vor, wobei Hofrath v. Beder in einer begleitenden Notiz es motiviert, warum die Fahne von Niederösterreich, welche König Rudolf dem Herzog Albrecht überreicht, die fünf Adler zeigt, obwohl dieses Wappenbild erst seit 1359 in Geltung ist. Da es nicht erwiesen ist, daß das sogenannte Bindenschild früher das Wappen von Niederösterreich war, so hatte man die fünf goldenen Adler im blauen Feld gewählt, weil dieselben zur heraldischen Bezeichnung von Niederösterreich dem allgemeinen Verständniß am nächsten liegen. Der Revers trägt die Inschrift: „Sechs Jahrhunderte milder Herrschaft woben ein heilig Band um Fürst und Volk“ und die Umschrift: „Zur Gedenkfeier der Belehnung habsburg'scher Fürsten mit dem Stammlande Oesterreich, 27. Dezember 1882.“

(Leichenbegängnis.) Am 3. d. M. nachmittags um 2 Uhr hat in Wien unter zahlreicher Theilnehmung hervorragender Vertreter des Handels- und des Finanzministeriums das Leichenbegängnis Sr. Exc. des am 1. d. M. verstorbenen geh. Rathes und Sectionschefs a. D. Julius Freiherrn Schrödinger von Neudenberg stattgefunden.

(Der erste bosnische Officier.) Am 20. v. M. hat der Bezirksadjunct Stanislaw Grabowaz, ein gebürtiger Herzegowinaer, den Fahneneid als Reserve-Officier der vierten bosnischen Infanterie-Compagnie abgelegt. Die Eidesleistung wurde in besonders feierlicher Weise in Mostar vollzogen. Die Stadtvertretung, an vierzig der angesehensten Bürger, wohnten mit dem dortigen Beamtenkörper der Feier bei, welche O.M. Reichert mit einer Aneide an die Mostarer Infanterie-Compagnie eröffnete. Zahlreiche Officiere der Garnison und die Musikbände des 3. Infanterie-Regiments waren gleichfalls anwesend. Die Feier schloß mit einem dreimaligen Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser.

(Pensionsverein für Angestellte des Handels und der Industrie in Oesterreich.) Am 4. d. M. wurde im Festsale der Wiener Handelskammer die constituierende Generalversammlung des Pensionsvereins für Angestellte des Handels und der Industrie, welcher sich die Altersversorgung der Mitglieder sowie die Versorgung ihrer Hinterbliebenen (Todesfallversicherung) zur Aufgabe stellt, abgehalten. In der Versammlung, welche von circa 200 Personen besucht war, waren der Handel und die Industrie Oesterreichs durch zahlreiche hervorragende Firmen vertreten. Se. Excellenz Herr Johann Ritter v. Chlumecly eröffnete die Versammlung mit einer längeren Ansprache. Dem Berichte des Gründungscomitès ist zu entnehmen, dass die Idee zur Gründung dieses Pensionsvereines gelegentlich der Feier der silbernen Hochzeit des Allerhöchsten Kaiserpaars gefasst worden sei und dass diese Idee in allen Kreisen des Handels und der Industrie lebhaften Anklang gefunden habe. Nachdem hierauf das Vereinsstatut, ohne zur Verlesung zu kommen, auf Antrag des Abg. Wiesenburg en bloc angenommen worden, erklärte die Versammlung den Pensionsverein für Angestellte des Handels und der Industrie in Oesterreich für constituirt. Dr. Prossinagg verlas nun den Entwurf eines Vertrages, welchen das Comité mit der gegenseitigen Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt „Janus“ wegen Uebernahme der sämtlichen Vereinsversicherungen vorläufig vereinbart. Der Entwurf wurde nach einiger Discussion einhellig genehmigt und der Vorstand mit der definitiven Abschließung des Vertrages beauftragt. Schließlich folgte die Vornahme der Wahlen. Zum Präsidenten des Vereines wurde Se. Excellenz Herr Johann Ritter v. Chlumecly gewählt.

(Venus-Durchgang.) Der diesjährige Venus-Durchgang am 6. d. M. ist in seinem ganzen Verlaufe in Südamerika und dem östlichen Theile von Nordamerika sichtbar, in Europa und Afrika wird nur der Eintritt in den Nachmittagsstunden des 6. d. M. gesehen werden, mit Ausnahme der nördlichen und östlichen Länder unseres Erdtheiles, wo die Sonne bereits vor dem Eintritte untergeht. Je weiter südwestlich ein Ort in Europa liegt, desto mehr ist von dem Durchgange zu sehen. Der ganze Durchgang dauert 6 Stunden 18 Minuten. Diejenigen vier Orte, in deren Zenith zu dieser Zeit die Sonne steht, sehen natürlich die entsprechende Berührung in demselben Momente, da die Sehlinien derselben mit denjenigen des Erdmittelpunktes zusammenfallen. Diese Orte liegen alle in der Nähe des südlichen Wendekreises, und zwar die ersten beiden östlich von Rio de Janeiro, im atlantischen Ocean, die beiden anderen im Stillen Ocean am Ostende der polynesischen Inseln. Für andere Orte ändern sich die Zeiten in Folge der Parallaxe, umso mehr, je weiter sie von den angeführten Stellen entfernt sind. Für Wien tritt die erste äußere Berührung der Venus mit der Sonnenwende um 3 Uhr 3 Min. 55 Sec. nachmittags ein, die erste innere Berührung, wie überall, um 20 Min. 37 Sec. später. Der Eintritt der Venus geschieht an der linken Seite der Sonne, 145° vom nördlichsten Punkte der Scheibe.

Locales.

(Verleihung.) Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Dezember d. J. den beiden Karlsruher Hof-Gestüttsknechten Michael Gorup und Josef Domine in Anerkennung ihrer vieljährigen treuen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

(Aus dem Gemeinderathe.) [Fortf.] Hr. Potočnik berichtet namens der Bau-Section über den vom gewissen Hrn. Herrn Regali eingebrachten Antrag auf Erbauung eines Steges über den Gruber'schen Canal zur Verbindung der Schießstättstraße mit der Gradetzky-Vorstadt. Das Bauamt hat die Kosten für den Steg mit 1400 fl. präliminirt. Da zur Herstellung des Steges die Einsetzung von drei Pilotenjochen in das Bett des Gruber'schen Canals notwendig wäre, hat sich der Stadtmagistrat an den Morast-Culturausschuss um die Bewilligung zur Aufstellung dieser Joche gemeldet. Der Morast-Culturchauptauschuss aber hat mit Rücksicht darauf, als der Meliorationsplan noch nicht endgiltig festgestellt ist, die Bewilligung nicht erteilt, daher die Bau-Section beantragt, von der Erbauung des Steges für dermalen abzusehen. (Angenommen.)

Hr. Potočnik referirt namens der Bau- und Verschönerungs-Section über die neu anzulegende Straße behufs Verbindung der Triester und Klagenfurter Reichsstraße, welche, vom Hause „zum Jäger“ beginnend, hinter den Villen in der Lattermannsallee am Coliseum vorüber zur Triester Reichsstraße geführt werden soll. Referent bemerkt, dass die vereinigten Sectionen den Bau der Straße als im Interesse der Stadterweiterung als höchst wünschenswert bezeichnen. Ehe jedoch ein weiterer Beschluss in dieser Angelegenheit gefasst werden soll, beantragt Referent, den Stadtmagistrat zu beauftragen, sich mit der hohen Regierung in Verbindung zu setzen, ob dieselbe nicht geneigt wäre, den Bau der Straße aus Staatsmitteln zu führen, dieselbe in Pflege zu übernehmen und den Theil der Triester Straße, welcher sodann nicht mehr benötigt wird, zu excamerieren. Hr. Dr. Schaffer glaubt, es wäre zweckmäßig, in den Antrag die Frage einzuschalten, ob die h. Regie-

rung geneigt wäre, eventuell einen angemessenen Beitrag für den Bau der Straße zu leisten.

Hr. Potočnik entgegnet, dies sei im Antrage ohnehin enthalten.

Hr. Dr. Suppan constatiert, dass das h. Straßenärar Straßen, welche größere Städte durchziehen, nicht in eigene Pflege übernehme, sondern der Gemeinde eine vereinbarte Entschädigung leiste, daher Redner einen diesbezüglichen Zusatz in dem Antrage empfiehlt. Was die Excamerierung des gemeinten Theiles der Triester Straße anbelangt, bemerkt Redner, der Stadtgemeinde sei mit der Excamerierung allein nicht gedient, sondern der excamerirte Theil müsse der Stadtgemeinde ins Eigenthum übergeben werden.

Hr. Friar erklärt sich nicht für den Zusatzantrag, die h. Regierung zu fragen, ob sie einen Beitrag für die Erhaltung der neuen Straße leisten wolle, wohl aber für den Zusatz, dass der excamerirte Theil der Triester Straße der Stadtgemeinde überlassen werde.

Hr. Dr. Zarnik erklärt sich gegen die Anlage dieser Straße, da dieselbe gar nicht nöthig sei. Redner will nicht alles noch einmal wiederholen, was er gegen den Bau dieser Straße schon angeführt habe. Er wiederhole nur, dass schon dadurch, dass die Eisenbahn durch die Lattermannsallee geführt worden sei, diese schönste Zierde der Stadt bedeutend geschädigt wurde. Baut man nun noch längs des Bahnkörpers eine Straße, dann sei die schönste Zierde der Stadt vernichtet. Für die Nothwendigkeit der Straße seien auch heute seitens der vereinigten Sectionen keine plausiblen Gründe geltend gemacht worden. Baut man diese Straße, dann wird es noch schwieriger sein, das Schloss Tivoli mit dem Besitze von der Gemeinde Unterschischla zu trennen und in die Stadtgemeinde Laibach einzuverleiben. Schon jetzt will die Gemeinde Unterschischla von der Abtrennung des städtischen Gutes Tivoli und des Coliseum nichts wissen, weil sie die meisten Einkünfte davon bezieht. Wird die Straße gebaut, dann werden die eventuell neu erstehenden Häuser zur Gemeinde Unterschischla gehören, diese davon die Einkünfte an Gemeindegeldern beziehen und eine Abtrennung auf jeden Fall verweigern. Redner beantragt daher, über den Antrag der vereinigten Sectionen zur Tagesordnung überzugehen.

Hr. Lafnik bemerkt, dass, wenn die Gründe der krainischen Baugesellschaft nach Anlage der neuen Straße erbauet werden, die Häuser sich zum größten Theile auf städtischem Pomdrium befinden werden.

Referent Hr. Potočnik sagt, es sei wohl selbstverständlich, dass, wenn das Straßenärar den fraglichen Theil der Triester Straße excamerirt, dass derselbe der Stadtgemeinde übergeben werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Hrn. Zarnik abgelehnt und der Antrag der Sectionen mit dem Zusätze des Hrn. Dr. Suppan bezüglich der Excamerierung angenommen. (Fortf. folgt.)

(Kleidervertheilung.) Das Damencomité zur Bekleidung armer Schulkinder beehrt sich, die P. T. Wohlthäterinnen und Wohlthäter zu der Freitag, den 8. Dezember, um 11 Uhr vormittags im Saale der hiesigen Citalnica stattfindenden Vertheilung vollständiger Anzüge an gedachte Kinder einzuladen.

(Landschaftliches Theater.) Gestern begann Frau Hermine Albrecht vom Stadttheater in Wien ein auf mehrere Abende berechnetes Gastspiel mit Dumas' „Die Prinzessin von Bagdad“. Die gefeierte Gastin wurde bei ihrem Entrée mit rauschendem Beifalle empfangen, welcher sich bei jeder Scene des effectreichen Stückes wiederholte. Frau Albrecht (Lionette de Hun) brachte aber auch die ganze Tonleiter der Gefühls- und Leidenschafts ausdrücke, die sich in der Titelrolle dieser Komödie bekanntlich einander jagen, zur vollsten Geltung. Man weiß nicht, soll man die wahrhaft meisterliche Mimik des Hohnes, Spottes und der Verachtung, womit Lionette-Albrecht bald ihren „Mann“, bald ihren „Berehrer“ niederschmetternd „tractirt“, oder den leidenschaftlichen Ausbruch des Muttergefühls, als Mourvady „Hand an ihren Sohn legt“, höher stellen? Und auch all das andere Detail, das neben und zwischen durchläuft, der Eintritt in das Hotel Mourvady, die Scene mit der Polizei, die Rüstung zur Abreise, all dies ausgestaltete Frau Albrecht mit dem Meißel echterster und wahrster Künstlerschaft. Die Mitwirkenden: Herr Tauber (Mourvady), Herr Horwik (Jean de Hun) sowie die Herren Ewald (Richard), Röder (Gobler) und Auspiz (Trévelé), gaben redlich ihr Bestes. — Das Haus war leider nicht so besucht, als man es anlässlich des Auftretens einer solchen Gastin zu erwarten berechtigt war, doch ist die Erklärung dafür in mehreren zusammentreffenden Umständen zu finden. Erstens war wohl nur — wir wollen dies zur Entschuldigung annehmen — wegen bis in die „eifste Stunde“ bestandener Ungewissheit im Abschlusse des Gastspieles für die Verbreitung der Nachricht vom Eintreffen der Frau Albrecht seitens der Direction nichts veranlasst worden, zweitens hatte es die Direction weitaus übersehen, dass der erste Gastspielabend mit dem Nikolaus-Abend zusammenfiel, welchen hier so viele Familien der Kleinen wegen zu Hause zuzubringen pflegen. —cs.

Neueste Post.

Wien, 5. Dezember. Das Abgeordnete-n-Haus des Reichsrathes hat heute unter zahlreicher Theiligung seitens der Mitglieder des Hauses seine Thätigkeit wieder aufgenommen. Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident Graf Taaffe machte im Namen des Gesamtministeriums Mittheilung über den Umfang der elementaren Katastrophe in Tirol und Kärnten, über die bisherige Hilfsaction der Regierung sowie über die in dieser Beziehung bevorstehende weitere Hilfsaction des Staates. Letztere soll durch Gewährung von Vorschüssen und Unterstützungen sowie durch Mitconcurrentz bei den betreffenden Flussregulierungen bethätigt werden. Se. Excellenz empfahl schließlich die bezüglichen Vorlagen der opferwilligen Unterstützung aller Mitglieder des Hauses. Die Mittheilungen über die bereits erfolgten munificenter Spenden Sr. Majestät des Kaisers und der Appell an die traditionelle Opferwilligkeit des Hauses in derlei Nothfällen wurden von den Abgeordneten aller Parteien mit lebhaften Zurufen acclamirt.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister legte das Budget für das Jahr 1883 vor — welches wir an der Spitze des Blattes bringen — und erläuterte dasselbe durch ein längeres Exposé, welches wiederholt durch Bravorufe unterbrochen wurde. Insbesondere wurde die Ankündigung der neuen Steuerreform-Vorlagen vom Hause mit lebhaften Beifallrufen begrüßt. Die Generaldebatte über die Gewerbegesetznovelle wird erst in der morgigen Sitzung beginnen.

Rom, 5. Dezember. Der Papst empfing heute um 11 Uhr vormittags den Minister v. Giers, welcher hierauf dem Cardinal Jacobini einen Besuch machte. Herr v. Giers wird noch ungefähr acht Tage in Rom verweilen und sodann seine Tochter nach Palermo geleiten.

London, 4. Dezember. Die Königin erhob anlässlich der heute stattfindenden Eröffnung des neuen Justizpalastes den Lordkanzler Selborne in den Grafenstand. — Das Befinden Fawcetts hat sich noch nicht gebessert, aber der Patient bleibt bei Kräften.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Fürst Windisch-Grätz-Lose. Bei der diesertage vorgenommenen 36. Verlosung des fürstlich Windisch-Grätz'schen Lotterien-Anlehens vom Jahre 1846 wurden nachstehende höhere Gewinne gezogen, und zwar fiel der Haupttreffer mit 20000 fl. in Conventionsmünze auf Nr. 93395, der zweite Treffer mit 2000 fl. auf Nr. 50891; ferner gewonnen je 1000 fl. Nr. 40500 und Nr. 61505; je 500 fl. gewonnen Nr. 24648 und Nr. 50321; je 100 fl. gewonnen Nr. 7053 7244 38324 53020 60585 61084 67724 79044 und Nr. 93814; je 50 fl. gewonnen Nr. 11701 13627 19494 19894 23173 25759 33704 47100 49437 60707 63480 und Nr. 76792; je 45 fl. gewonnen Nr. 10280 13591 18761 29583 40928 40934 42531 43941 54635 58948 90747 und Nr. 93855.

Rudolfswert, 5. Dezember. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Hektoliter	7	58	Eier pr. Stück	—	2
Korn	4	88	Milch pr. Liter	—	8
Gerste	—	—	Rindfleisch pr. Kilo	—	44
Hafer	2	44	Kalbsteisch	—	48
Halbfrucht	5	40	Schweinefleisch	—	—
Heiden	4	88	Schäpffensfleisch	—	—
Hirse	4	88	Hähnchen pr. Stück	—	30
Kulturuz	4	55	Lauben	—	20
Erdäpfel pr. Meter-Str.	—	—	Hen pr. 100 Kilo	—	—
Binsen pr. Hektoliter	—	—	Stroh 100	—	—
Erbsen	—	—	Holz, hartes, pr. Cubit-Meter	2	71
Fisolen	—	—	— weiches,	—	—
Rindschmalz pr. Kilo	—	88	Wein, roth, pr. Hektolit.	16	—
Schweineschmalz	—	96	— weisses,	10	—
Speck, frisch,	—	60	— weisses,	—	—
Speck, geräuchert,	—	80			

Angelkommene Fremde.

Am 5. Dezember.

Hotel Stadt Wien. Dr. Neustadtel, Advocat, und Brudner, Kfm., Wien. — Dr. Stejschnegg, Advocat, Cilli. — Ranzinger, Fabrikbesitzer, Gottschee. — Kollert, Weinhändler, Fünflirchen.

Hotel Elephant. Albrecht, Schauspielerin, und Taufsig, Kfm., Wien. — de Stabile, Italien. — Mele, Kfm., Prastinag. — Nowak, Kfm., Rutenberg. — Reichmann, Kfm., Reichenau. — Baierischer Hof. Uggowitzer, k. k. Straßenbau-Beamter, sammt Sohn, Istrien.

Wohren. Dejak, Gärtner, Stein. — Richele, Fleischhauer, Triest.

Theater.

Heute (ungerader Tag) zweites Gastspiel der Frau Hermine Albrecht vom Stadttheater in Wien: „Aschenbrödel“. Schauspiel in 4 Aufzügen von Roderich Benediz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtg. des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
	7 U. Mg.	722 01	+ 1 4	SB. schwach	Nebel	7 00
	5. 2 „	721 78	+ 3 6	SB. schwach	bewölkt	Regen
	9 „ Ab.	720 76	+ 2 2	SB. schwach	Regen	

Vormittags Nebel bis gegen Mittag anhaltend, dann trübe, abends Regen. Das Tagesmittel der Temperatur + 2 4°, um 1 8° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Table with multiple columns listing various financial instruments, interest rates, and market prices. Includes sections for Staats-Anlehen, Pfandbriefe, and various bank shares.

Echtes natürliches Dorsch - Leberthran - Oel, erhalten durch freiwilliges Ausfließen der über einander geschichteten frischen Lebern...

Wem die Wiederherstellung seiner Haarfarbe am Herzen liegt, möge mit Vertrauen sich der k. k. ausschl. priv. PURITAS bedienen...

(5064-3) Nr. 1181. Erinnerung. Vom k. k. Kreis- als Handelsgerichte Rudolfswert wird dem unbekanntem Ausenthaltes in Amerika befindlichen Jakob Judnič von Blutsberg hiemit erinnert...

Triester Ausstellungs-Lotterie. Ziehung am 5. Januar. 1. Hauptgewinn bar Gulden 50,000, 2. Hauptgewinn bar Gulden 20,000, 3. Hauptgewinn bar Gulden 10,000. 1000 Treffer zu 213,550 Gulden.

(5075-3) Nr. 3987. Bekanntmachung. Den unbekanntem Erben der Tabulargläubiger Martin Hribar von St. Geor...

gen, Martin, Maria, Gertraud und Mathäus Corn von Razor wurde Franz Dgrin von Oberlaibach, jenen des Josef Kohnit von Verd Herr Franz Kohnit behufs Empfangnahme des Weistbotes...

(5053-2) Nr. 5098. Exec. Realitätenverkauf. Die im Grundbuche ad Gut Weiniz Rectf.-Nr. 100 vorkommende, auf Georg Moravz aus Utschakowez vergewährte, gerichtlich auf 804 fl. bewertete Realität...

(5142-2) Nr. 20,912. Relicitation. Vom k. k. städt.-beleg. Bezirksgerichte Laibach wird bekannt gemacht: Es sei wegen nicht erfüllter Licitationbedingnisse die executive Relicitation...